

BEATRIZ STOLOWICZ

## Die lateinamerikanische Linke: Wo stehen wir?

Beatriz Stowicz – Dr.,  
Professorin an der Autono-  
men Universität der Haupt-  
stadt, Xochimilco, Mexiko  
(UNAM).

Beitrag auf der V. Internatio-  
nalen Konferenz »Marx lebt:  
Alternativen und alternative  
Regierungen in Lateiname-  
rika«, Nationale Universität  
von Kolumbien, Fakultät für  
Rechts-, Politik- und So-  
zialwissenschaften, Bogotá,  
31. Oktober bis 2. November  
2006.

Neue Strategien der  
Rechten.

Die Uhren laufen schneller in Lateinamerika. Auch für die Rechte. Es gibt natürlich eine Reaktion auf den Aufschwung der Volkskämpfe und die wichtigen Fortschritte der Linken in Wahlen oder den progressiven Nationalismus, aber sie ist wirklich nicht proportional den tatsächlichen oder angeblichen Gefahren, die diese Fortschritte für die kapitalistischen Interessen darstellen. Sie geht darüber hinaus. Es erweist sich, dass die Wucht und der Druck der Offensive der Rechten in allen Ländern weiter geht als die Volkskraft in jedem von ihnen. Man müsste dazu auch das spezifische Gewicht in Betracht ziehen, das die Verlangsamung der ökonomischen Konjunktur in den Vereinigten Staaten und ihre militärische Stärkung hat, das spezifische Gewicht des allgemeinen Funktionierens des kapitalistischen Systems mit seinen Spekulationsblasen, die zu platzen drohen – wie die Europäer alarmiert wahrnehmen –, im allgemeinen Rahmen der neuen Herausforderungen für die kapitalistische Reproduktion, die die unheilbaren Widersprüche ihrer eigenen Entwicklung, Konzentration und räuberischen Aneignung nicht abfangen kann. Das spezifische Gewicht jedes dieser Aspekte ist heute, wie wir wissen, Gegenstand von Diskussion. Aber klar ist, dass sie in das neue Szenarium eingreifen.

Wir sehen heute, dass die Rechte dabei ist, die Akzente und die Pfade zu verändern, die sie konstruiert hat und auf die sie die Linke lenken wollte. Sie ändert jene komplexe politische Strategie, die darauf gerichtet war, die Linke auf dem Gebiet der Politik gegenüber dem System zu neutralisieren. Dazu bemühte sich die Rechte, die Metamorphose der Linken zu einer »modernen Linken« zu fördern. Das Szenarium verändert sich jetzt, und wir beobachten, dass ein guter Teil der Linken das nicht mitbekommt, nicht zeitgemäß reagiert und überrascht ist.

Immer noch spukt im Kopf vieler Linker und anderer fortschrittlicher Kräfte die Idee, dass das Pendel sich in günstiger Richtung bewegt. Dass es nach so vielen Missständen der neoliberalen Ära »logisch« war, dass es in Richtung auf post-liberale Mitte-Links-Regierungen ausschlug, eine »natürliche« und daher ansteckende Welle, an die sich alle anpassen würden. Höchstens einige Schärferblickende fragten sich, wann wohl das Pendel wieder nach rechts ausschlagen würde und was man tun könnte, um Zeit zu gewinnen. In der Logik des Pendels handelt es sich um Zeiträume von 15 bis 20 Jahren; das wäre also der Zeitrahmen, um graduelle Veränderungen zu erreichen, und da sie gradueller Art wären, würden sie auf

weniger Widerstand stoßen. In diesen Zeitrahmen einer Pendelbewegung müssten die Handlungszeiträume, die Zeiten für die praktische Aktion eingepasst werden, und das wären die Wahlperioden zwischen 4 und 6 Jahren entsprechend der Rechtslage in den einzelnen Ländern. Sobald eine Links- oder Mitte-Links-Regierung ihr Amt aufnähme – auf nationaler, Provinz- oder örtlicher Ebene –, müsste man bereits an den möglichen Folgekandidaten denken und an die nötigen Bündnisse, um ihm zum Siege zu verhelfen, und die Amtsführung der Regierung müsste mit genauer Berechnung an den Blick auf die Wahlen gebunden werden. Das waren die Schwerpunkte und die Spielregeln, die verschiedene Kräfte der Linken im Auge hatten.

Aber man muss sagen, dass die Pendellogik, zu trügerisch, um Hoffnungen zu begründen, die wahre Grundlage dieses Phänomens verdunkelt. Es ist die Form, in der die Bourgeoisie die Geschichte des Kapitalismus erklärt: als aufeinanderfolgende Korrekturbewegungen von Anomalien oder Exzessen, die ihn wieder ins Gleichgewicht und in seine Normalität als »Fortschritt« zurückbringen. In dieser Logik sind die Pendelausschläge immer Veränderung, um zurückzukehren, das heißt, man bleibt immer innerhalb des Kapitalismus. Die Rechte selbst verbreitete die Meinung, dass dies eine natürliche Pendelbewegung gegen die Exzesse des Neoliberalismus war, die korrigiert werden mussten, aber dass man nichts außerhalb oder gegen den Kapitalismus tun könne. Die Linke könnte nur post-liberal sein. Was die Pendeltheorie natürlich nicht sagt, ist, dass in der Geschichte des Kapitalismus jede Bewegung der Anpassung oder Berichtigung, die durch das System selbst hervorgebracht wird (immer unter dem Druck der sozialen Widersprüche), durchgeführt wird, um zu höheren Gewinnen zu verhelfen – das ist der Fortschritt –, und dass es mit jeder Veränderung des Mechanismus der Reproduktion eine qualitative Veränderung gab, die zu einer höheren Konzentration und Zentralisation des Kapitals führte, nicht zu einem Umkehrpunkt. Die neoliberale kapitalistische Konterrevolution war erfolgreich, um die Gewinne zu erhöhen, aber der Grad der Konzentration, zu dem sie führte, verursacht immer heftigere Widersprüche, wie wir heute selbst im Zentrum des Systems feststellen können.

Doch die Erklärung mit dem Pendel hatte die Wirkung, glauben zu machen, die graduellen Korrekturen am Neoliberalismus, die durch eine »moderne«, »verantwortungsbewusste«, »vernünftige«, »realistische« Linke, die für die Globalisierung aufgeschlossen sei, vorgenommen werden, würden friedlich innerhalb von Wahlperioden verlaufen. Und plötzlich stehen wir vor der Tatsache, dass dieselbe Rechte die Spielregeln ändert. Fünfzehn Jahre, durch die hindurch man versucht hat, die Linke den Spielregeln der regierbaren Demokratie zu unterwerfen, werden in Frage gestellt durch schmutzige Wahlschlachten, Wahlbetrug, Wahlkampagnen, in denen die sozialen und politischen Aktivisten Verfolgungen ausgesetzt sind. In allen Ländern agieren die großen Medien und die Unternehmerverbände als antidemokratische Stoßkraft. Nachgewiesen sind die Einmischungen der USA und der politischen Vertreter der europäischen transnationalen Gesellschaften, vor allem der spanischen, um die Durchsetzung der Kandidaten der Rechten zu sichern. So war es in

Möglichkeiten und Herausforderungen der Linken.

Die Rechte ändert die »Spielregeln«.

El Salvador in den Wahlen 2004, vor kurzem in Peru, in Mexiko, wo der skandalöseste Wahlbetrug begangen wurde, in Nicaragua zu der bevorstehenden Präsidentenwahl. Unregelmäßigkeiten werden auch bei der Präsidentenwahl in Kostarika im Februar angezeigt, es werden betrügerische Manipulationen in Ecuador gemeldet und auch im Referendum in Panama vor wenigen Tagen.

Und nach diesen raffinierten politischen und ideologischen Aktionen, um die Regierungen der Linken zur Mäßigung zu veranlassen, damit sie nicht die Grundlagen der Kapitalakkumulation antasten und einzig durch die Reduzierung der extremen Armut die Krise verwalten, haben wir die Offensive der Rechten gegen Lula erlebt, den das internationale Finanzkapital unermüdlich gelobt hat als das Beispiel, dem man folgen sollte. Auch die Mäßigung der Regierung von Tabaré erwog man, man hat ihm einen Streik der Transportunternehmer organisiert, der an das Jahr 1972 in Chile erinnerte. »Zuerst befreie ich deine Entartung, dann schwäche ich dich und dann schlage ich dich«, das ist der Leitgedanke.

Ziele der Rechten.

Die Rechte akzeptiert auch nicht, dass die Krise »verwaltet« wird, sie will alles und schnell. Sie will die Privatisierungen, die noch nicht oder nur teilweise stattgefunden haben, vor allem im Energiesektor und in der Wasserversorgung, und noch viel weniger akzeptiert sie, dass Renationalisierungen begonnen werden, auch nicht teilweise, wie in Bolivien, das man durch innere Kriege der Oligarchie und selbst durch Bürgerkrieg zu unterwerfen trachtet. Sie wollen, dass alle noch offenen Freihandelsverträge mit den USA unterzeichnet werden. Sie akzeptieren nicht die bescheidenste Erhöhung des Mindestlohnes, nicht einmal die Beihilfe für die extrem Armen. Auch nicht demokratische Legitimationen von Sanktionen gegen Menschenrechtsverletzer. Und wieder einmal wird die militärische Ultrarechte offen mobilisiert gegen die Opfer des Staatsterrors, wie in Argentinien und in Paraguay. Die Rechte unterwirft sich gern dem wachsenden militärischen Interventionismus der USA, die jetzt mit der Fusion zwischen dem Plan Puebla-Panama und dem regional ausweiteten Plan Colombia die strategische Zange verstärken. Darum zwangen sie Mexiko auch Felipe Calderón auf; darum setzten sie sich mit USA-Basen in Paraguay fest, darum die Unterordnung der Regierungen unter das Southern Command für Aktionen der Aufstandsbekämpfung, die zynisch als antiterroristische oder humanitäre Aktionen deklariert werden. Sie verstärken die keineswegs rhetorischen direkten Aggressionsdrohungen gegen Venezuela und Kuba. Und man kann eine bezeichnende Führungsrolle der Ultrarechten beobachten, die in die Parteien der Rechten eindringen (einschließlich derer, die sich noch Mitte-rechts oder sozialdemokratisch nennen). Selbst die sehr moderne und post-liberale chilenische Concertación, die Verbündete der USA ist, widmet jede Woche einen beträchtlichen Teil ihrer Regierungstätigkeit der Unterdrückung von sozialen Mobilisierungen.

Was wir da sehen, bedeutet, dass die Rechte das Zentrum als ihr politisch-ideologisches Werkzeug zur Neutralisierung der Linken beiseitewirft. Wird die Linke auf Äquidistanz gehen? Zwischen wem und zwischen welchen Optionen?

Ein bedeutender Teil der Linken schafft es nicht, die Unvereinbarkeit ihrer Zeitvorstellungen, ihrer Konzeptionen und ihrer Praktiken

mit diesem neuen Szenarium zu erkennen und sich darauf einzustellen. Das ist der Punkt, an dem wir stehen und von dem aus wir über die Herausforderungen für die Linke nachdenken müssen – für die Parteien und auch für die sogenannte soziale Linke.

Die Linke steht an einem Kreuzweg. Der Weg der Wahlen ist ein wichtiges Mittel gewesen, um Kräfte wiederherzustellen und neu zu gruppieren und um institutionelle Räume zu erobern und einige Veränderungen zu fördern. Die Völker hoffen noch weiter, solche Veränderung durch Wahlen zu erlangen, aber bereits mit den stimulierenden Beispielen Venezuelas und jetzt Boliviens. Und außerdem, das muss man mit aller Klarheit sagen, obgleich einige Linksregierungen auf nationaler oder örtlicher Ebene nicht die Erwartungen voll erfüllt haben, mit denen sie gewählt worden sind, die Völker sind nicht schlechter dran als vorher. Auch wenn die Veränderungen minimal gewesen sein mögen, sie sind sehr bedeutungsvoll für Völker, die im Elend leben, die in der Geschichte erniedrigt und unterdrückt wurden und die wissen, dass sie mit Regierungen der Rechten wieder zurückgeworfen werden. Aber das bedeutet nicht, dass die Völker bereit sind, immer das kleinere Übel zu akzeptieren oder ewig weiter zu akzeptieren, dass die Linke ihre transformatorischen Ziele und Verantwortlichkeiten nicht erfüllt. Denn für sie geht es um ihr Leben.

Aber wie soll man den Weg von Wahlen gehen, wenn es jetzt die Rechte ist, die deren Legitimität und Legalität in Frage stellt. Es ist die Rechte, die dabei ist, die Wahlen als Momente des intensivsten Klassenkampfes zu demaskieren. Wie kann man auf dem Wege von Wahlen vorankommen mit Parteien, die in Wahlmaschinen verwandelt worden sind, die ihre soziale und politische Basis desorganisiert und demobilisiert haben, wenn man heute, um auf dem Wahlweg zu bestehen, Völker braucht, die informiert, organisiert und mobilisiert sind. Zunächst um überhaupt in die Wahlen zu kommen, dann um die Stimmen zu verteidigen, um Veränderungen durchführen zu können, wenn man eventuell gewinnen sollte, und um diese Veränderungen zu verteidigen, so minimal sie auch sein mögen. Wie kann man bei dieser Organisation und Mobilisierung des Volkes erfolgreich sein mit Linksparteien, die die Konzeption der Politik als marketing übernommen haben, für die Politik nur das ist, was im Fernsehen erscheint, und das ist noch dazu ein Widersinn wegen der Blockade, die die großen Medien ausüben und die man nicht einmal durchbrechen kann, wenn man die Millionen zahlt, die sie kassieren. Heute muss man, um erfolgreich den Weg von Wahlen zu beschreiten, massenwirksame alternative Medien schaffen, nicht nur kommunitäre, obgleich die unverzichtbar sind, und dazu braucht man viel Partizipation, Organisation und Ressourcen. Und diese Mittel kann man nicht vom Staat erwarten, weil sie Quelle von Erpressung sind, weil es passieren kann, dass die Rechte sie beschneidet mit dem demagogischen Argument, der Forderung nach Reduzierung der Wahlkampfkosten nachzukommen, und außerdem, weil die Rechte nicht auf sie angewiesen ist, sie hat die Macht des Kapitals hinter sich. Wenn die Linke weiter darauf bauen will, ihren Einfluss auf dem Wege von Wahlen zu vergrößern, muss sie sich selbst von Grund auf neu überdenken.

Die Linke steht an einem Kreuzweg.

Linke Politik als marketing?

Sie muss sich im klaren sein, dass die Völker nicht das kleinere Übel erstreben. Wenn die Linke regieren will, muss sie begreifen, dass man keine Veränderungen erreichen kann, ohne die Grundpfeiler der kapitalistischen Reproduktion anzutasten. Die Offensive der Rechten und des transnationalen Großkapitals lässt nicht zu, dass die gradualistische Logik unter Aufrechterhaltung der Privilegien des Großkapitals funktioniert, und die Zeiträume sind kürzer geworden. Die Linke muss an die soziale Volkskraft appellieren, um politische Kraft aufzubauen, mit der sie sich dem Großkapital entgegenstellt. Wir sehen heute, dass es Volkssektoren gibt, die bereit sind, für tiefgehende Veränderungen in den Kampf zu gehen, die aber durch die Parteien nicht aufgerufen werden. Und doch, wenn die Umstände es erfordern und dazu herausfordern, dann sind sie da und kämpfen mit Überzeugung und Mut.

Unzulänglichkeiten der Linken.

Wir stellen fest, dass die Linke Unzulänglichkeiten aufweist, um der Offensive der Rechten entgegenzutreten, und zugleich auch die politische Vertretung ihrer sozialen Basis nicht adäquat wahrnimmt. Sie erkennt nicht die Reichweite der Forderungen dieser Basis, noch dass sie zu viel weiter reichenden Kämpfen bereit ist, als die Parteien sie konzipieren. Einige Führer erklären ihre »Vorsicht«, ihre »Mäßigung« oder ihren »Realismus« mit dem angeblichen Zustand der Gesellschaft. Oft sind es aber ihre eigenen Entscheidungen, sei es, weil sie fürchten oder nicht bereit sind, die Spielregeln des Systems der Regierbarkeit zu überschreiten, sei es wegen der hemmenden Wirkungen, die die früheren Niederlagen langfristig hatten, oder weil sie als konservative Einstellung der Menschen interpretieren, was oft in Wahrheit Verzweiflung ist. Das erweist sich besonders deutlich unter den Jugendlichen. Es kommt auch vor, dass diese Führer im Namen dieser Vorsicht soziale und politische Kontrolle über ihre soziale Basis ausüben, und das nicht nur in der Konfrontation mit den herrschenden Kräften. Wir sehen auch bei den Linksregierungen Praktiken der Kontrolle über ihre Parteien und über die sozialen Organisationen, die Gewerkschaften zum Beispiel, indem man darauf drängt, dass sie auf ihre Unabhängigkeit verzichten und sich den Erfordernissen der Regierungspolitik im Hinblick auf die Wahlen anpassen. Wie scharf kritisierten viele von denen, die heute diese Einschränkung der Unabhängigkeit der Klasse verteidigen, einst den Stalinismus!

Angesichts der Unzulänglichkeiten einer effektiven Repräsentation durch die Parteien versteht man, dass die Mängel gelegentlich durch starke Führungspersönlichkeiten ausgeglichen werden. Persönlichkeiten, die fähig sind, diese Kampfbereitschaft aufzurufen, die mit dem »politisch Korrekten« oder Erlaubten brechen. Es gibt in der Linken Leute, die hinter dieser Erscheinung populistische politische Praktiken sehen, was mir doch eine formale Vereinfachung scheint. Die Antwort auf die Angriffe der Rechten, bei der Geschwindigkeit des Lebens heute, hat nicht Zeit, bis die notwendige Transformation der Parteien und vieler sozialer Organisationen mit schwindender Anhängererschaft vollzogen ist. Der Kampf wird heute geführt.

Deshalb dürfen die Veränderungen nicht auf den Plänen dieser Führer beruhen, notwendig ist eine solide unabhängige und kritische Volksorganisation. Das ist eine Herausforderung, und wenn die Füh-

rung sich in der Tat für Veränderungen einsetzt, muss sie diese Volksorganisation fördern. Sonst werden die Proteste, die gelegentlichen Ausbrüche der Unzufriedenheit fort dauern, ohne dass diese soziale und politische Kraft die Macht zu dauerhaften Veränderungen erreicht.

Aber auch die sogenannte soziale Linke muss die Realität und sich selbst überdenken. Ihre Einwendungen und ihre Ablehnung gegen die »moderne« Linke fußen auf begründeter Kritik, aber zuweilen scheint es, als ob sie in dieser einen schlimmeren Feind sähe als in der Rechten. Deshalb fällt es ihr vielfach schwer, die komplizierte politische Dialektik zu verstehen, deretwegen breite Teile des Volkes weiter für die Parteien stimmen, die sie kritisieren, und sie handelt dann gegenüber diesen Volkssektoren sekiererisch und isoliert sich. Die sogenannte soziale Linke stellt die horizontale Organisation gegen die zentralisierte Führung und betrachtet sie als Garantie gegen caudillistische Manipulationen. Wir müssen anerkennen, dass die molekularen Formen der Organisation, verschiedener Kämpfe, Teilkämpfe oder breiterer Auseinandersetzungen zu den wichtigsten Grundlagen für die Potenzierung des Kampfes der Massen, die ja nicht anonyme Mengen darstellen, gehören. Aber gleichzeitig muss man zugestehen, dass die Logik und die Erfahrungen der molekularen Horizontalität nicht immer, oder sehr selten, beim Aufruf zum gemeinsamen Kampf für gemeinsame Ziele Wirksamkeit zeigen, um die Kräfte zusammenzuschließen, und das ist in dem neuen Szenarium unerlässlich, wenn man der konzentrierten Kraft des Blocks an der Macht entgegentreten will, der immer mehr den Staat nutzt, um die Beherrschten zu schlagen.

Um den Staat muss man kämpfen, damit er sich der Macht des Kapitals, dem Imperialismus entgegenstellt. Aber das erreicht man nicht mit den Spielregeln der Rechten. In verschiedenen Ländern wird die Forderung nach neuen verfassunggebenden Prozessen erhoben. Aber auch dafür benötigt man eine große konzentrierte soziale und politische Kraft von unten. Es ist also eine falsche Dichotomie, die horizontalen Kämpfe an der Basis und die politische Konzentration des Kampfes einander gegenüberzustellen.

Die Zeitabläufe beschleunigen sich, das erzwingt der Imperialismus mit einer zerstörerischen Kraft, wie sie noch nie erlebt wurde. Wenn wir uns in jedes der Probleme vertiefen, könnte man den fatalistischen und pessimistischen Eindruck gewinnen, dass die Völker zur Niederlage verurteilt sind. Aber die Realität Lateinamerikas rechtfertigt den Pessimismus nicht: es ist die Region mit den intensivsten Kämpfen und der größten Kreativität, trotz der Mängel und Irrtümer. Doch ebensowenig zulässig ist die Sorglosigkeit. In der Linken sind tiefe Umbrüche in der Art, die Geschehnisse zu sehen und sich selbst zu sehen, erforderlich: sich ihrer Verantwortung zuzuwenden, die konservativen Ideologisierungen zu überwinden, die in den letzten Jahrzehnten verinnerlicht worden sind. Mit dem größten Respekt vor allen, die kämpfen, mit größeren oder kleineren Erfolgen, und mit der Fähigkeit, gemeinsam vorzugehen. Dazu zwingt die Offensive der Rechten, aber das fordern auch unsere Völker.

Soziale und politische Kraft von unten.